

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

Mittagszeitung im Kreise St. Goarshausen

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage.

3 Literate pro 6gepaltenen
Zeile oder deren Raum 40 Bg.
Kleinanzeige 1.— M.

Amtsblatt der Stadt Braubach.

Verantwortlicher Redakteur: A. Vemb.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 18
Redaktionschluss 10 Uhr vormittags.
Fernsprecher Nr. 30.



Druck und Verlag der Buchdruckerei von
A. Vemb in Braubach.
Postcheckkonto Nr. 7639 Frankfurt/Main.
Bankkonto: Nassauische Landesbank.

Bezugspreis
monatlich 3.— Mark,
durch die Post bezogen viertel-
jährlich 9.— Mark,
von denselben frei ins Haus
geliefert 9,45 M.

Nr. 145.

Braubach a. Rhein, Mittwoch, den 30. Juni 1920.

30. Jahrgang.

Währungsverwirrung.

Es ist während des Krieges und nach diesem viel über die Münzverwirrung in Deutschland wie in Europa überhaupt gesprochen worden. Sie ist einem aber selten krasser zum Bewusstsein gekommen, als durch ein Urteil, das ein deutsches Gericht in diesen Tagen in erster Instanz zugunsten des Deutschen Reiches gefällt hat, ein Urteil, in dem es die Verpflichtung des Reiches ausspricht, die sogenannten „Kriegsnoten“ zum vollen Nennwert einzulösen. Die Kriessnoten sind ein Überbleibsel der deutschen Okkupation in Kongresspolen und waren damals von der besonders zu diesem Zweck gegründeten Polnischen Darlehnskasse zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs ausgeben worden; man wollte einerseits den russischen Rubel aus dem Verkehr drängen, auf der andern Seite aber den Umlauf an Noten der deutschen Reichsbank nicht unnützlich vergrößern. Wie nun nach dem Ende der Okkupation die Polen noch viele Millionen Mark Kriessnoten in den Verkehr setzten, die sie mit ihren eigenen, den sogenannten Kosziusko-Noten ersetzten, das soll hier ebenso wenig erörtert werden wie die gesamte, trotz des erwähnten erlösnisähnlichen Urteils keineswegs klare Rechtslage. Was an dieser Stelle interessiert, das ist etwas ganz anderes und zwar die absonderliche Tatsache, die der Krieg den „Kulturvölkern“ auch auf diesem Gebiet hinterlassen hat.

Es hat ja auch vor dem Krieg Kleinstaatwährungen gegeben, und wie etwa die schlesische oder badische Note in Deutschland, so hatte der bulgarische Leva, das ägyptische Pfund auf dem Weltmarkt nur ganz beschränkte Umlaufmöglichkeiten. Aber die Münzen und Scheine der großen Weltwährungen waren nicht allzu zahlreich und eigentlich überall bekannt und selbst die Scheidemünzen ohne weiteres verwendbar. Wie aber sieht es jetzt in der Welt aus! Man braucht ja nur an dem Vaden eines der jetzt wieder in Mengen vorhandenen Geldwechslers vorüber zu gehen und sich dessen Schaulustig zu betrachten. Zu Dutzenden hängen da die schön bedruckten Papierzettel nebeneinander, in allen Farben des Regenbogens schillernd und mit Bildern und Schriftzeichen bedeckt, denen selbst ein sogenannter gebildeter Mensch oft ziemlich hilflos gegenüber steht. Dabei erheben diese Noten die tarjächliche Mannigfaltigkeit noch keineswegs. Gibt es doch — und nicht etwa bloß in Deutschland — kaum eine Stadt, die nicht ihr eigenes Kleingeld ausgegeben und in meist recht zerfetzter, verschmutzter Form in Umlauf hätte. Noch in Schilderungen aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts ist viel von den Schwierigkeiten und Verlusten die Rede, die der Wirtswar von Münzen über erdenklichen Prägung, verschiedensten Feingehaltes für den Reisenden, vor allem aber für den Kaufmann bedeutete. Noch weiter zurück gab es das Sprichwort: „Der Pfennig gilt nur dort, wo er geschlagen ist.“ Jetzt sind wir glücklich wieder so weit, mit dem einzigen Unterschiede, daß wir auch hier aus dem metallenen ins nasserne Zeitalter gekommen sind.

Aber die Wirklungen sind die gleichen geblieben und man tut gut, sie auch wirtschaftlich nicht zu unterschätzen. Natürlich, wenn jemand wirklich mit einem Gutachten der Breslauer Straßenbahn, der in Breslau (übrigens ohne jeden Verlaumdruk) als Stadtgeld umlauft, nach, sagen wir Ulm zurückkehrt, so wird ihm die Einbuße von 20 Pfennig nicht arm machen; das Berliner Stadtgeld wird bezeichnenderweise an den großen Hauptbahnhöfen wenigstens auf den Bahnhöfen überall in Zahlung genommen. Wer aber mit größeren Scheinen des einen Landes in ein anderes kommt, oder — ein besonders bei den Nachfolgestaaten der ehemaligen Donaumonarchie recht häufiger Fall — mit Scheids des dort so genannten „Inlandsgelds“ im Ausland Einkäufe zu machen versucht, der kann sich in die Zeiten zurückversetzt wähnen, in denen „der Fugger Briefe“ (Wechsel) das beste, vielleicht sogar das einzige wirklich gängige internationale Zahlungsmittel großen Stiles waren.

Für den Reisenden bedeuten derartige Verhältnisse eine arge Belästigung, jedoch kaum mehr. Anders liegt es aber, wie erwähnt, mit dem Kaufmann. Verluste durch Fälschungen, durch verzögerte Verwertungsmöglichkeiten usw. sind bei derartigen Währungsverwirrung, wie sie jetzt, von wenigen Staaten abgesehen, überall regiert, natürlich unausbleiblich; das gilt sogar von dem Zahlungsmittel des Großverkehrs, dem Wechsel. Und daß diese Schwierigkeiten und Verlustmöglichkeiten noch erhöht werden durch die Wertschwankungen, ist ja zur Genüge bekannt. Aber auch die Währungsverwirrung an sich ist ein beschämendes Zeichen dafür, wie herzlich weit wir es wirtschaftlich gebracht haben, nur leider — nach rückwärts. Und es wird wahrscheinlich recht lange dauern, ehe wir wieder zu einigermaßen glatten Verhältnissen auch nach dieser Richtung hin gelangen. L. H.

Danzigs Freiheit bedroht!

Polnische Annexion.

Dem Wunsch für unabhängige Angelegenheiten der Verfassunggebenden Versammlung ist der polnische Entwurf für einen Vertrag, der die gegenseitigen Beziehungen zwischen der polnischen Republik und der Freien Stadt Danzig regeln soll, übergeben worden. Nach Artikel 1 dieses Entwurfs liegt die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freien Stadt Danzig, die diplomatische und konsularische Vertretung, sowie der Saug ihrer Staatsangehöriger in den fremden Ländern der polnischen Regierung ob. Artikel 8 lautet: Die Handelsmarine der Freien Stadt Danzig ist der Flagge der polnischen Handelsmarine. Laut Artikel 13 ist im inneren Dienst die Sprache der Behörden, der Gerichte und aller Organisationen der Freien Stadt Danzig und ihrer polnischen Gemeinden diejenige, die von den betreffenden zuständigen Behörden der Freien Stadt Danzig und ihrer polnischen Gemeinden angenommen ist. Es sind in gleicher Weise deutsch und polnisch zugelassen. Nach Artikel 20 ist Danzig verpflichtet, überall da eine polnische Volksschule zu gründen, wo mindestens 40 Kinder

vorhanden sind, welche vorher von Eltern ausgesprochen haben, sie in polnischer Sprache unterrichten zu lassen. Nach Artikel 29 gehören die Gerichtsachen, die der Unabhängigkeit des Reichsgerichts in Leipzig unterliegen, von nun ab vor die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshofes der polnischen Republik. Artikel 30 lautet: Polen hat das Recht, auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig alle notwendigen Maßnahmen in bezug auf Militär- und Marinewesen zu treffen, um sein Landgebiet und seine Zugänge zum Meere wie auch das Gebiet der Freien Stadt Danzig zu verteidigen. Zu diesem Zweck hat Polen das Recht, auf besagtem Gebiet Militär- und See-Kreitkräfte zu unterhalten, Befestigungswerke zu beschlagnehmen und die militärische Aufsicht auszuüben. Nach Artikel 39 werden die polnischen Behörden mit der Verwaltung und Aufsicht des Danziger Hafens mit allen Zugangswegen, Wasserstraßen, Docks usw. beauftragt. Nach Artikel 52 werden die Abgaben, Gebühren, und im allgemeinen alle indirekten Steuern im Gebiete der Freien Stadt Danzig nach denselben Grundsätzen und denselben Tagen festgesetzt, verwaltet und erhoben wie im Gebiete des polnischen Staates. Falls die polnische Regierung für irgend eine Ware ein Staatsmonopol errichten würde, würde ein gleiches Monopol auf dieselbe Art Ware zugleich im Gebiete der Freien Stadt Danzig errichtet werden. Nach Artikel 53 ist das Geld der Freien Stadt Danzig polnisches Geld.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 45 Personen unter Anklage des Landfriedensbruchs. In Raumburg findet ein Schwurgerichtssitzung gegen 45 Personen wegen Verletzung des Landfriedens statt. Wie die Anklage lautet, war hierbe... (Text is partially obscured and difficult to read due to image quality).

§ Französisches Gericht in der Pfalz. Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte die kirchlich in Ludwigshafen verhafteten Arbeiterführer und Gewerkschaftsbeamten wegen verurteilten Reden gegen die französische Besatzungsbehörde zu Strafen von einer Woche bis zu neun Monaten Gefängnis.

§ Mordprozess. Ein Mordprozess wegen der Ermordung des angeblichen „Erbkaisers“ Blau folgte, wie aus Berlin berichtet wird, auf die Vernehmung des Angeklagten Dopp, der... (Text is partially obscured and difficult to read due to image quality).

Elternzeitung.

Die heutige Jugendbewegung.

Von Rella Wolffheim.

Eltern und alle, die sich mit Erziehungsaufgaben befassen, sollten nicht achlos an der Gedankenwelt vorübergehen, die die heutige Jugend — oder doch einen großen Teil von ihr — beschäftigt. Wie man auch zu den Ansichten stehen mag, die in den Jugendversammlungen vertreten werden, so dürfte man nicht verschmähen hier und in den Zeitschriften, die von den Jugendlichen herausgegeben werden, danach zu forschen, was der künftigen Generation als das erstrebenswerte Ideal vorsteht. Aus diesem Grunde sei heute einiges von den Zielen der Weltjugendliche berichtet, ohne daß ich dazu Stellung nehmen will.

Die jungen Leute, männlich und weiblich, teils noch Schüler, teils Studierende, teils auch bereits beruflich Tätige, wollen sich mit Gleichgesinnten aller Nationen und Klassen zusammenschließen und durch ein gemeinsames Wirken bessere Zeiten anstreben. Bessere Zeiten nicht, was das materielle Leben anbetrifft, sondern in bezug auf eine ethische Erhebung der Menschheit. Vor allem ist der allgemeine Friede das Ideal, und so wird der Militarismus, die Rüstungsvermehrung und der Klassenhaß bekämpft. Man will nicht Ansichten aufdrängen (so sagt man), aber Anregungen sollen gegeben werden, die neue Wege weisen und fester zur Menschheit sprechen. Im besonderen gilt das Interesse der Schulreform und der Verbesserung der Erziehung.

Einige Grundsätze der Weltjugendliche sollen hier wiedergegeben werden: Der Erzieher sei nur ein Helfer und Ratgeber; der Mensch hat sich selbst zu erziehen. Die in uns schlummernden Kräfte und Fähigkeiten müssen zur vollen Entfaltung gelangen können. Das Kind soll denken lernen (was nach Ansicht der Jugendlichen in der heutigen Schule nicht erreicht wird). Jeder hat an der Entwicklung der anderen Menschen mitzuarbeiten.

Man schadet sich selbst, wenn man anderen schadet. Gesellschaftliche Stellung und größere Begabung erhöhen nur die Verantwortlichkeit, dürfen aber nicht als Verdienst angesehen werden. Aus eigener Erfahrung soll sich jeder seine eigene Überzeugung bilden und danach handeln. Unsere Mitmenschen sind nicht dazu da, von uns gerächt zu werden, sondern wir müssen trachten, sie zu verstehen. Nur über uns selbst dürfen wir harte Urteile fällen.

Man strebt einer Verbrüderung zu, die weniger die Gegensätze als die verbindenden Momente sucht. In jedem Lande werden sich der Jugend und den Jugendvereinigungen andere Aufgaben stellen — der Menschheitsverständnis müssen alle zustreben.

Die Jugendlichen fühlen, daß sie das ihnen Anzuehrende mit sich tragen, daß sie das, was die Schule und das Elternhaus sie lehren und das sie als unrichtig oder unwert erkennen, in sich bekämpfen müssen. — Wenn man so sieht, wie die heutige Jugend innerhalb dieser Kreise dem Vergeblichen feindlich gegenübersteht, so kann man die Verhältnisse nicht unterdrücken, daß — falls die Gedanken durchdringen — eine Zeit der trostlosesten Gegensätze zwischen den Generationen sich entwickeln muß. Besonders die Meinung über die Schule ist bei diesen Jugendlichen eine stark ablehnende. Man tritt für eine vollständige Neuordnung der Schule ein, will absolute Selbstregulierung mit eigener Wahl der Lehrer, mit einer Reform der Schulbücher und anderen Lehrmethoden.

Der Eindruck, den man in den Versammlungen der Jugendlichen gewinnt, ist ein sehr geteilter. Man muß sich freuen, daß so viel ethisches Streben, ein so inniger Wunsch nach Verbesserung unserer gewiß nicht guten Zustände in der Jugend lebt; das Suchen nach einer höheren, weniger materialistischen Weltanschauung und die ausgeprägte Konzentrierung auf ideale Ziele wirkt hoffnungserweckend. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß man in der Form und auch in der Botschaft, vor allem aber in der Wahl der Wege in einer Weise radikal vorgeht, die jugendlich ist, aber

der Gefahren viele birgt. Eine Verallgemeinerung eigener Erlebnisse, das Verkennen des guten Willens der Eltern und Lehrer (unter denen doch auch weisende Persönlichkeiten sind) muß auf den reiferen Menschen beunruhigend wirken. Und ich muß bekennen, daß es mich angenehm berührt, als ein Jüngling, wohl in dankbarem Gedanken an einen Lehrer seiner Mutter zustimmend: „Nein, so ist es in unserer Schule nicht!“

Mancher Konflikt wird sich in kommender Zeit zwischen alt und jung entwickeln, schärfer als die in jeder Epoche herrschende Gegensätzlichkeit zwischen den Generationen sie immer mit sich brachte; dem werden wir nicht ausweichen können. Wir können aber danach trachten, der Gedankenwelt der jungen Leute nicht froh vermeinend gegenüber zu stehen; wir sollten mit ihnen über ihre Ziele sprechen, sie in dem, was wir für gut halten, zu fördern suchen, und es wird nur förderlich sein, wenn auch wir älteren uns von dem Feuer der Jugend erwecken lassen. Darum, auch wenn wir uns oft entsetzen werden, wenn unser Begreifen auf diesen Wegen nicht folgen kann, machen wir uns den Grundgedanken der Jugendlichen zu eigen, nicht zu verurteilen, sondern nach Verständnis zu streben.

Die Schmugglerplage. Die Zustände an der holländischen Grenze werden infolge unangenehmer Schmuggler immer unhaltbarer. So wurden dieser Tage am Grenzposten von Baals 15 ausländische Händler von der preussischen Zollbehörde festgenommen und ins Polizeigefängnis nach Aachen befördert. Auch an der belgischen Grenze haben sich derartig unhaltbare Zustände eingeschlichen. Von weither, aus dem Industriegebiet von Belfort, kommen die Schieber gerufen, um an der Grenze ihre Geschäfte zu machen. Um diese Auswüchse mit Erfolg zu bekämpfen, hat die Zollbehörde die Hilfe der Gendarmerie und eines eigens gebildeten Appareates in Anspruch nehmen müssen. Der unerlaubte Handel streckt sich meistens auf Kaffee, Aareiten, Tee und Tabak.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In der ersten Sitzung des Kabinetts Fehrenbach legten der Reichskanzler und die neu eingetretenen Minister den Eid auf die Verfassung ab.
- * Im Reichstage stellte sich das neue Kabinett Fehrenbach vor und der Kanzler gab eine programmatische Erklärung über die Verfassung ab.
- * Die Ernennung des Zentrumsgesandten Dr. Braun zum Reichsarbeitsminister ist amtlich vollzogen worden.
- * Reichswehrminister Gessler erklärte, für Deutschland sei die Aufrechterhaltung eines Heeres von 200 000 Mann unbedingt notwendig.
- * Der Vorschlag Bolens, den Termin der Abstimmung in West- und Ostpreußen zu verschieben, wurde von den Minderheiten abgelehnt. Es bleibt also bei der Abstimmung am 11. Juli.
- * Der italienische Sozialistenführer Turati erklärte in der Kammer, die Aufhebung des Versailler Friedens sei notwendig, volle Europa nicht in eine ungeheure Katastrophe zu stürzen.

Vorstellung.

Über die erste gemeinsame Sitzung der neuen Regierung mit den Abgeordneten im Reichstage schreibt unser Berliner Sy-Mitarbeiter:

Dem „jungem“ Hermann Müller ist im Reich der „alte“ Konstantin Fehrenbach am historischen Schicksal des Bundesratspräsidenten gefolgt. Eine würdige, statische Erscheinung, geübt und sicher in Wendung und Wort. Die Art, wie er sich und seine Ministerkollegen dem hohen Hause vorstellt, verrät den selbstbewussten Mann, der wohl weiß, was er bedeutet. Mit unverhüllter Neuierde werden die Herren zu seiner Rechten von Haus und Tribünen gemultert. Der ganze Vorstellungsaft steht unter dem Zeichen des Zweifels: Was wird der eine Teil dem andern bringen und leisten, was wird der andere Teil dem einen verhindern und unmöglich machen? Aber es bleibt nicht viel Zeit zu formelhaften Prüfen; ehe man sich's versteht, hat der neue Reichskanzler das Wort.

Er bleibt zunächst auf seinem Platz, um erst nach Überwindung der mit den notwendigen Freundlichkeiten gespickten Einleitung zum Rednerpult zu schreiten und dort ein sehr umfangreiches Manuskript vor sich auszubreiten. Er verliest es, bald erhobenen Tones, bald mit geschäftsmäßiger Rücksicht, und die Hörer folgen dieser Vorlesung mit wechselnder Andacht. So ziemlich das gesamte Register der inneren wie der äußeren Politik wird aufgezogen, bis hinein in die Niedrigung der Invaliden- und Krankenversicherung, doch fehlt es auch nicht an Höhepunkten, die ab und zu ein „Bravouri“ aus dem Hause eifervoll unterstreicht. Als sich bei Berührung kühlerer Punkte bei der äußersten Linken die unüberwindliche Luft an Zwischenrufen regt und zu einigen gemäßigten Unterbrechungen führt, die aber Herrn Fehrenbach selbstverständlich nicht aus dem Konzept bringen. Zum Schluß geht er zu förmlichen Beschwörungen an das Gemeinsamerfühl aller Deutschen über. Ein eindringlicher Appell — sogar unter Anrufung Gottes — soll die Herzen öffnen für die „Politik des Ausgleichs“, die Herr Fehrenbach als die seine proklamiert hat, soll die Gemüter weich machen für die große Not des Vaterlandes, der wir alle zu erliegen drohen. „Einigkeit macht stark“ — warum hat man diese alte Weisheit solange aus den Augen verloren? Herr Fehrenbach möchte sie wieder zum Mittelpunkt unserer gesamten Politik erheben, und wenn es nur nach dem Beifall ginge, mit dem seine einstündige Rede zum Schluß aufgenommen wurde, so dürfte er sich einige Dornen darauf machen, nicht vergeblich gesprochen zu haben. Wie lange aber wird die unmittelbare Wirkung seiner Rede wohl vorhalten?

Fehrenbachs Programmrede.

Das neue Kabinett vor dem Reichstage.

(8. Sitzung.)

C.B. Berlin, 16. Juli.

Die neue Regierung hat sich heute dem Reichstage vorgestellt. Das Ereignis war erklärlicherweise der Anlaß zu einem starken Besuch der Sitzung; in so großer Zahl wie zur ersten und zweiten Sitzung waren aber heute weder die Abgeordneten noch die Zuschauer erschienen. Dagegen war zum Schutze des Reichstagsgebäudes die Sicherheitspolizei heute in außerordentlicher Stärke aufgestellt. In den Hausfluren des Gebäudes war eine Anzahl Maschinen-gewehre aufgestellt und in den anstehenden Räumen hielten sich eine Menge Mannschaften auf, um, wenn ein Eingreifen notwendig werden sollte, sofort bei der Hand zu sein. In irgendwelchen unklaren Störungen ist es aber eintreten nicht gekommen. In dem Umkreise des Reichstagsgebäudes, das gesehlich umfrieht ist, streiften Truppen von Sicherheitspolizei umher, um jede Annäherung von Volksmassen an das Gebäude zu verhindern. Die Wirkung dieser vorwärtigen Maßregeln war unverkennbar. Vor dem Eingange, den die Abgeordneten benutzen, hatten sich einige Neugierige aufgestellt. Sonst war von einer Versammlung in der Nähe des Reichstagsgebäudes nichts zu bemerken.

Kurz vor halb zwölf Uhr eröffnete Präsident Seebe die Sitzung. Die Minister mit dem neuen Reichskanzler Fehrenbach an der Spitze waren vollständig erschienen. Dem Reichskanzler am nächsten saßen sein Stellvertreter, der neue Reichsjustizminister Heintze und der Reichsminister des Innern. An diesen schloß sich der neue Reichsminister des Äußern, Simons. Es folgten die in die neue Regierung übernommenen Minister Birth, Hermes und Giesberts; den Abschluß machten die neuen Männer Groener, Scholz, v. Raumer und Brauns. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen, unter denen sich die Befand, daß der Abgeordnete Czibergar wegen Krankheit vier Wochen Urlaub erbeten hat, erhielt der Reichskanzler das Wort. Die durch ihn bewirkte Verlesung der umfangreichen Kundgebung der von ihm nach langen Mühen geformten Regierung dauerte fast eine Stunde.

Die Regierungserklärung.

Die Kundgebung beginnt mit dem Hinweis auf die durch das Ergebnis der Wahlen hervorgerufenen Krisen. Die Regierung werde sich bemühen, trotz dieser Krise das Reichsgesetz über Wasser zu halten. Es folgt der Dank an die vorige Regierung und besonders an die ausgetretenen Mitglieder. Daran reiht sich die Liste der neuen Minister. Das Programm, das hierauf entwickelt wird, ist, wie die Kundgebung betont, das Ergebnis einer sorgfältigen Beratung des ganzen Kabinetts. Rühmliche Einmütigkeit ist dabei zutage getreten. Zahlreiche Aufgaben sind zu lösen. Die Spannung zwischen Wollen und Können, die schon der alten Regierung große Schwierigkeiten machte, setzt auch der neuen gewisse Grenzen. Dann geht die Kundgebung auf

die äußere Politik

ein. Der Vertrag von Versailles liegt uns eine dunkle Wolke über unserem Vaterlande. Für die Reichsregierung kann es keine andere Wahl geben, als ihn solange die ehemals feindlichen Staaten ihn nicht anerkennen, nach allen Kräften zu erfüllen. Deutschland hat schon mehr geleistet, als je ein anderer Volk den Siegern gegenüber getan hat. Wenn es trotzdem den Vertrag nicht bis auf den hundertsten erfüllen konnte, so liegt das an den Verhältnissen, die stärker gewesen sind als Deutschlands guter Wille. Zu diesen Umständen gehört das tiefe Vertrauen unserer Gegner gegen Deutschland. Hier dieses Vertrauen schürt, verständig sich an den Lebensinteressen ganz Europas. Nur auf gegenseitigen Vertrauen kann die durch den Krieg zusammengebrochene Wirtschaft der Welt wieder aufgebaut werden. Wir müssen wirtschaftlich und politisch wieder leistungsfähig gemacht werden. Dieser Gedanke wird hauptsächlich auf der

Konkurrenz in Europa

Widerhall finden. Wir leben in einer Zeit, in der die Schwierigen und mannigfaltigen Fragen des Aufbaues zwischen den Beteiligten mündlich besprochen werden sollen. Unsere vornehmste Sorge ist der Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Die Kräfte der Nation sind hierauf alle Parteien auf verfassungsmäßige Kämpfe zurückzuführen lassen, und verhindern, wir können jeden Versuch der Aufhebung einer Klassenherrschaft ab. Hieran schließt sich die Mahnung, den schrecklichen Krieg im Innern nicht fortzuführen. Der Kampf angesichts der fürchterlichen Rote des Volkes einen Bürgerkrieg veranlassen! Auf dem Boden der Verfassung von Weimar soll der Aufbau des Staatswesens herbeigeführt werden.

Die Kundgebung kündigt die Neuordnung des gesamten Budgets, der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, die Wiedereinstellung des Rechts der Beamten, die Einsetzung höchster Gerichte als Hüter der Verfassung u. d. der Grundrechte der Deutschen an.

Weiter betonte der Kanzler: Einer Überspannung der Zentralisation werden wir uns widersetzen. Die Reichsregierung und das deutsche Volk hegen die feste und unerschütterliche Zuversicht, daß die durch Jahrhunderte bewährte deutsche Verfassung bei den Abstimmungen den Sieg unserer gerechten Sache herbeiführen wird. Bei Erwähnung der Organisation der Reichswehr wird bemerkt: Der Entwurf des Gesetzes über die in der Verfassung vorgeschriebene

Einsparung der Mittelschicht

Einsparung der Mittelschicht bereits vor. Ferner wird erwähnt, daß die große Steuerreform der Nationalversammlung noch nicht zu Ende sei. Die Volk habe ein Recht von einer Milliarde, die Eisenbahn von vier bis zu Milliarden. Von dieser Stelle, heißt es, wir müssen etwas sparen: Wir müssen Waren exportieren oder weniger. Menschen können und wollen wir nicht exportieren. Also unsere einzige Rettung ist die überstimmende Überzeugung unserer Wirtschaftsmänner in der Neuordnung unserer Wirtschaft. Die die Aufrechterhaltung unserer Ernährung müssen wir große Infubren von Lebensmitteln aus dem Ausland bereinigen. Mit Dank wird der großzügigen Hilfe gedacht, die Menschenfreunde zur Speisung der Kinder gebracht haben. Auf den zahlreichen Gebieten, wo die öffentliche Wirtschaft nicht mehr unbedingtes Erfordernis ist, soll dem freien Handel die Möglichkeit gegeben werden, eine bessere und billigere Versorgung herbeizuführen.

Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion

Es eine der ersten Voraussetzungen des Wiederaufbaues. Die im Interesse der Volksgemeinschaft erlassenen Gesetze über die Spezialisierung, besonders über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft, werden loyal durchgeführt werden. An der Fortführung der Sozialreform hält die Regierung fest. Eine Gesetzesvorlage über die Versicherung wegen der Arbeitslosigkeit liegt dem Reichstag bereits vor. Im engeren Zusammenhang mit dieser Materie stehen die Fragen des ländlichen Siedlungswesens und die Durchführung des Heimstättengesetzes. Von Säulen von Leben und Gesundheit befinden sich weitere Gesetze in Vorbereitung. Die Verbesserung und Vereinfachung des Arbeitsrechts war bereits Gegenstand hervorragender Sorge der früheren Regierung. Sie wird es nicht minder für die neue Regierung sein. Es ist der ehrliche und aufrichtige Wille der Regierung, nicht gegen die Arbeiterchaft, sondern mit ihr zu regieren. Wir sind eine sogenannte bürgerliche Regierung, aber nicht durch unsern Willen. Der freiwillige Verzicht auf die Mitarbeit in der Regierung legt der sozialdemokratischen Partei eine Verpflichtung auf gegenüber der Regierung, die, wie bisher nicht gegen die Arbeiter, sondern für sie und mit ihnen arbeiten will.

Die Verlesung dieser Kundgebung wurde oft mit großer Zustimmung und von Beifall begleitet. Dem umfangreichen Programm sagte der Reichskanzler noch einige persönliche Worte hinzu: Und hat die Not und das Bewußtsein der Pflicht gegenüber Volk und Vaterland auf die Stelle geführt, auf der wir stehen. Wenn irgendwo der bedeutende Mann mit gewichtiger Art und anerkanntem Ansehen gefunden werden sollte, so preise ich die Stunde glücklich, wo ich das mir anvertraute Amt in seine Hände übergeben kann. Ich sehe hier nur als ein Opfer der Aufzählung von vaterländischer Pflicht. Ich und mit mir meine Kollegen im Kabinett appellieren an das Deutsche Volk und seine Vertretung, daß sie sich bei ihren politischen Handlungen von den gleichen Beweggründen leiten läßt. — Darauf gab sich lebhafter und anhaltender Beifall kund.

Es wurden dann zwei Interpellationen behandelt. Die eine der Unabhängigen über die Arbeitslosigkeit wird von der Regierung später beantwortet, die andere ebenfalls von den Unabhängigen ausgehend betrifft die Vorgänge in Thale in Thüringen und wird nach einer Erklärung des Reichswehrministers Gessler an einem der nächsten Tage besprochen werden. Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen wurde die Sitzung unterbrochen.

Aussprache der Parteien.

Die nach einer längeren Pause fortgesetzte heutige Sitzung brachte die Besprechung der Regierungserklärung durch die Parteien. Zunächst sprach als Vertreter der stärksten Fraktion Abg. Scheidemann (Soz.); Wir haben das Vertrauen, daß der jetzige Reichskanzler für die Aufrechterhaltung der freien Staatsform sich mit seinen Kollegen einsetzen wird. Im übrigen werden wir seine Taten abwarten. Er und seine Regierung werden uns auf ihrer Seite finden, wenn sie das tun, was den Massen des Volkes dienlich ist. Wir werden aber stärksten Widerstand leisten, wenn sie die Bahn verlassen, die allein zu einer besseren Zukunft führen kann. Im übrigen war die Rede Angriffs auf die Rechts wegen der Führung des Wahlkampfes gerichtet.

Abg. Reber (L. Sp.) begann mit dem Scherz, daß Abg. Scheidemann keine Rede abgesehen habe, und daß man daraus schließen müsse, Scheidemann sei der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig. Die Geschäftsordnung lasse das Vorlesen einer Rede nämlich nur dann zu, wenn das Mitglied des Hauses der deutschen Sprache nicht hinreichend mächtig ist. Die weiteren Ausführungen richteten sich gegen die Wehrheitsfraktionen. Darauf erging sich der Redner in Angriffen auf die Reichswehr.

An dritter Stelle sollte das Zentrum durch den Mund des Abg. Trimborn zu Worte kommen. Da Geheimrat Trimborn es jedoch ablehnte, zu so vorgerückter Stunde noch das Wort zu erheben, sprach nunmehr als Vertreter des

Deutschnationalen der Abg. Berg. Er erwähnte nur ausföhrlich mit dem Ergebnis der Wahlen und bezeichnete ihren Ausgang als das natürliche Ergebnis der Unzufriedenheit, die weite Kreise erfaßt habe, und die durch das Verhalten der bisherigen Mehrheit hervorgerufen worden sei. Mit dieser Rede sollte die Sitzung schließen.

Gessler über das deutsche Heer.

200 000 Mann sind notwendig.

Reichswehrminister Gessler erklärte dem Vertreter des „Matin“ Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügen. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 45 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederschlagung der Räteregierung in München im April 1919 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 19 000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann tätig gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile des deutschen Gebiets ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaus illusorisch. Reichswehrminister Gessler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lloyd George und Churchill, sondern auch kompetente Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entwaflung zu gelangen. Er habe die Überzeugung, daß man nach gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschlands nicht mehr eines schlechten Willens bezüchtigen werde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der neue Reichsarbeitsminister Braun. Die angekündigte Ernennung des Zentrumsgesandten Dr. Braun ist amtlich vollzogen worden. — Heinrich Braun, Direktor der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach, wurde geboren am 8. Januar 1862 zu Köln. Er studierte Theologie in Bonn und Köln, später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg im Breisgau. Von 1890 bis 1895 war er Kaplan in Krefeld, von 1895 bis 1900 Vikar in Borbeck bei Essen a. d. Ruhr, von 1900 ab Direktor der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M. Gladbach. Leiter der dortigen Organisationsabteilung und der Volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Brauns hat viele Schriften sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Inhalts veröffentlicht. Mit Brauns wird zum erstenmal ein katholischer Geistlicher in ein Reichsministerium berufen.

* Befriedigende Lösung der Justizbeamtenfrage in Oberschlesien. Wie die Interalliierte Kommission mitteilt, hat am 25. Juni der Präsident der Interalliierten Kommission, General Beroud, in Opatowitz den von den sämtlichen Justizbeamten gewählten Füreronschuh in einstündiger Audienz empfangen. Alle die Justizbeamten betreffende Fragen wurden erörtert und, soweit möglich, zur befriedigenden Lösung gebracht. Insbesondere wurde die Befriedigung gegeben, daß den Justizbeamten alle Bequemlichkeiten zur Abreise aus den ober-schlesischen Gebieten gewährt würden.

* Polnische Grenzpatrouillen in Oberschlesien. In Reichsdorf bei Kofel (Oberschlesien) überfiel, wie die Oberschlesische Morgenzeitung meldet, eine bewaffnete polnische Bande von 20 Mann die dortige Gründungsversammlung des Ortsvereins „Heimatlicher Oberschlesier“. Ein Einwohner, der loeben zum zweiten Vorsitzenden gewählt worden war, wurde durch einen Halschuß getötet. Ein anderer Einwohner, der zum Beisitzer gewählt worden war, wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Drei weitere Personen wurden ebenfalls schwer verletzt. Aus verschiedenen Anzeichen geht klar hervor, daß der Überfall regelrecht organisiert worden war.

* Die Zwangswirtschaft im badischen Landtag. Die Eratunnen des Landtagsausschusses zur Frage der Zwangswirtschaft führten zu dem Ergebnis, daß nur die Beibehaltung der Zwangswirtschaft für Weizen, Getreide, Erbsen, Gerste, Zucker und für Brennholz (Kohle und Holz) noch als notwendig bezeichnet wurde. Die übrigen Artikel wurde die alsbaldige Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert, ebenso die sofortige Beilegung der nicht mehr notwendigen Kriegsgesellschaften.

Großbritannien.

* Die englischen Arbeiter gegen den Bolschewismus. Die Arbeiterkonferenz in Scarborough hat mit großer Mehrheit den Anschluß an die dritte Internationale abgelehnt. Nach einer Erklärung der aus Sowjetrußland zurückgekehrten Mitglieder der Arbeiterdelegation ist eine Durchföhrung kommunistischer Ideen der russischen Regierung in England wegen der ganz anders gearteten Verhältnisse unmöglich. Der Korrespondent des „Daily Express“, Lambert, bezeichnet die durch die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und England bewirkte günstige Wirkung auf das russische Volk als ein Mittel zur Vernichtung des Bolschewismus.

Holland.

* Haag als Sitz des Ständigen Gerichtshofes im Völkerverbund. Der beratende Juristenrat des Völkerverbundes beschloß, als Sitz des in Artikel 14 des Völkerverbundes vorgesehenen Ständigen Gerichtshofes den Haag auszuwählen. Dieser Vorschlag werde zur endgültigen Genehmigung dem Völkerverbundrat unterbreitet werden. Artikel 14 des Völkerverbundes solle der Gerichtshof ein internationales Organ darstellen, das Streitigkeiten zwischen den einzelnen Staaten und nicht zwischen Individuen zu erledigen hätte. Im Ausschluß sei der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß allen Nationen das Recht zustehen solle, die Interessen der Staatsangehörigen selbst vor dem internationalen Ständigen Gerichtshof zu verteidigen.

Italien.

* Turati für Aufhebung des Versailler Friedensvertrages. Die in letzter Zeit sich häufenden Ausschreitungen in den großen Städten Italiens, besonders in Florenz, wurden in der Kammer besprochen. Turati forderten die Sozialisten die Zurückführung der Truppen aus Valona. Der Ministerpräsident sagte, er wolle das Protokoll über Albanien nicht aufrechterhalten. Der

mögliche Sozialist Turall erklärte als erste Notwendigkeit zur Vermeidung einer gewaltsamen Revolution in ganz Europa die Aufhebung des Versailler Friedensvertrages.

Türkei.

Die türkischen Friedensbedingungen. Wie der Daily Express aus Konstantinopel erfährt, ist das türkische Kabinett bereit, alle Friedensbedingungen der Alliierten anzunehmen, mit Ausnahme der Übergabe von Smirna und Erzerum an Griechenland. Die türkische Regierung verlangt, daß die nach dem letzten Balkankriege festgesetzte Grenze beibehalten bleibt. Die Unabhängigkeit Armeniens, die Selbstbestimmung der Forderungen mit Bezug auf Mesopotamien und Syrien sowie die Wasserstraßen sollen anerkannt werden.

Amerika.

Der Völkerbund. Nach einer Meldung aus Washington hätten die Alliierten von Wilson verlangt, er solle die erste Versammlung des Völkerbundes einberufen. In offiziellen Kreisen Washingtons werde jedoch erklärt, daß die Einladung nicht sofort erfolgen werde, da man noch nicht über Zeitpunkt und Ort der Tagung einig sei. Die einen wünschten eine Tagung in Genf, die andern in Brüssel.

Aus In- und Ausland.

Köln. Die Kölnische Volkszeitung teilt mit, daß sie vom 1. Juli ab in eine G. m. b. H. umgewandelt wird, um auf eine breitere und tragfähigere wirtschaftliche Grundlage gestellt zu werden. Das Blatt behält seinen bisherigen Charakter als satirisches Blatt und Zentrumsblatt bei.

Rotterdam. Nach Telegrammen aus Lissabon wurde der Minister des Äußeren Ribeiro in der Nacht vom 21. Juni in Lissabon ermordet. Die bolschewistische Propaganda in Lissabon breitet sich immer mehr aus.

Toulon. Der Kreuzer „Toulon“ und ein Torpedoboot, die im Golf von Juan Übungsfahrten unternahmen, sind in den Hafen eingelaufen, um Vorräte aufzunehmen und zur Ausfahrt binnen vier Tagen nach der Levante bereit zu sein, wenn die Umstände es erfordern sollten.

Kopenhagen. Einem Telegramm aus Selsingfors zufolge haben sich die Truppen aus Ostfennland unter dem Druck der bolschewistischen Truppen nach Finnland zurückgezogen.

Rom. In Ancona meuterte ein Bataillon Bersagliere und nahm seine Offiziere gefangen. Gleichzeitig wurde in der Stadt der Generalstreik erklärt. Viele Personen wurden verhaftet. Endlich schlossen Regierungstruppen die Kasernen mit Schützengräben ab, und Geschütze wurden aufgeföhren, worauf sich die Meuterer ergaben.

Lebensmittelversorgung des Hafenarbeiterausstandes. Die Arbeitsbewegung zieht weitere Kreise. Auch die Schiffsmannschaften der Binnenschifffahrt im Reichsgebiet sind in den Ausstand getreten wegen neuer Lohnforderungen. Außer dem Dampferverkehr und Güterverkehr sowie dem Lebensmittelverkehr auf dem Wasser wird auch der Überseeverkehr betroffen, weil auch der Schlepper- und Bugierdienst stillliegt. Der Hafenarbeiterausstand ist unersandert.

Schlupfdienst.

Nachrichten vom 29. Juni.

Die Vertreter in Spa.

Berlin. Wie verlautet, werden an den Verhandlungen in Spa, wenn nicht noch im letzten Augenblicke eine Änderung vorgenommen werden sollte, Reichskanzler Hebrich, Reichsminister des Auswärtigen Simons und Reichsfinanzminister Brüch teilnehmen.

Lebensmittelmisere in Mecklenburg.

Berlin. Über Hamburg ist der Ausnahmestand verhängt worden infolge von Lebensmittelmangel. Wie gemeldet wird, sind auch im Gebiete der oberen Weiser Lebensmittelmangel anzubedenken. Man hofft jedoch, daß es nicht zu größeren Zusammenstößen kommen wird. In Münster hat das Generalkommando sich nach Berlin gewandt, um eine reichlichere Verteilung für den Bezirk Münster zu erreichen. Infolge der Verminderung der Produktion herrscht auch dort selbige Erbitterung. Die Lebensmittelmangel in Mecklenburg dauert fort. Die Demonstranten erzwangen die Abgabe von Schinken zum Preise von 50 Mark. Das Pfund Kalb muktete zu 10 Mark, Schokolade zu 5 Mark abgegeben werden. Anbauern finden Umwälze und Strohenverammlungen statt. Von der Stadtverwaltung wird verlangt, sofort eine Preisberabredung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel herbeizuföhren.

Keine Toten und Verwundeten in Hamburg.

Hamburg. Entgegen den Zeitungsmeldungen wird mitgeteilt, daß bei den Regierungskämpfen von Toten und Verwundeten anlässlich der hiesigen Lebensmittelkrawalle nichts bekannt ist.

Ein südwestdeutscher Großstaat.

Karlsruhe. Wie man hört, haben die Verhandlungen zwischen Württemberg und Baden wegen der Vereinigung beider Länder noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. In Baden steht man einer solchen Vereinigung ablehnend gegenüber, und man hat die württembergische Regierung auch nicht in Unkenntnis darüber gelassen. Von württembergischer Seite wird nun auch eine Einbeziehung von Hohenzollern, Oesfen und der bayerischen Pfalz erstrebt und damit die Gründung eines südwestdeutschen Großstaates. Veranlassung zu diesen Bestrebungen gaben der württembergischen Regierung namentlich die Entwicklung der Finanzen und die Bestrebungen der Franzosen, die auf Errichtung eines Rheinbundes abzielen.

Italien und Salona.

Rom. In der Kammer erklärte Giolitti noch: Italien könne nicht eher Salona aufgeben, bevor es nicht die volle Garantie dafür habe, daß diese Stadt von keinem Staate dazu benutzt werde, gegen Italien einen Überfall zu planen. Der bekannte Sozialist Rodigliani erklärte namens seiner Partei, daß diese Ausführungen der Regierung nicht vollkommen befriedigend seien.

Lokales und Provinziales.

Merksblatt für den 30. Juni.

Sonnenaufgang 3⁴⁰ | Mondaufgang 7⁴⁰ M.
Sonnenaufgang 8⁴⁰ | Monduntergang 3⁴⁰ M.
1807 Arbeiter und Dichter Friedrich Theodor Eckher geb. — 1814 Dichter Franz v. Dingeldey geb. — 1917 Abdruck der Beziehungen Griechenlands zu den Mittelmeern.

Simmelderscheinungen im Juli. Die Zeit der längsten Tage ist nun vorüber. Zunächst nur langsam, kaum merkbar nimmt die Tageslänge ab; sie beträgt am 1. des Monats 16 Stunden 41 Min., am 11. 16 Stunden 27 Min., am 21. 16 Stunden 4 Min. und am 31. 15 Stunden 40 Min. Die Auf- und Untergangzeiten unseres Tagesgestirns sind nach mitteleuropäischer Zeit für den Breitengrad Berlin am 1. d. Mts. 3 Uhr 43 Min. und 8 Uhr 24 Min., am 11. 3 Uhr 52 Min. und 8 Uhr 18 Min., am 21. 4 Uhr 5 Min. und

8 Uhr 7 Min., am 31. 4 Uhr 19 Min. und 7 Uhr 52 Min. Am 23. tritt die Sonne aus dem Zeichen des Krebses in das des Löwen. — Den Mond sehen wir in diesem Monat in fünf Phasen: Am 1. haben wir 10 Uhr vorm. Vollmond. Das letzte Viertel erreicht er am 9. vorm. 6 Uhr und am 15. abends 9 Uhr verschwindet er als Neumond. Im ersten Viertel steht unser Trabant am 22. abends 7 Uhr, und am 30. 12 Uhr mitternachts haben wir wieder Vollmond. — Von den Planeten bleiben der Merkur und die Venus auch im Juli noch unsichtbar. Die Sichtbarkeitsdauer des Mars, der bereits vor Mitternacht untergeht, nimmt von 4 bis auf eine Stunde weiterhin ab. Auch der Jupiter verschwindet bereits in der ersten Woche des Monats. Desgleichen wird der Saturn im Laufe des Monats unsichtbar. — Als Hauptsternschnuppentage kommen der 5., 11., 13., 19., 20., 22., 25., 28., 30. und 31. Juli in Frage.

Auslösung der Sparpremienanleihe. Die am 1. Juli in Berlin stattfindende Auslösung der Deutschen Sparpremienanleihe bringt zum erstenmal neben der Gewinnziehung mit je 4 Gewinnern zu 1 000 000 Mark, je vier zu 500 000 Mark, zu 300 000 Mark und zu 200 000 Mark usw. eine Tilgungszahlung. In dieser werden 40 000 Lose ausgelöst, davon 20 000 mit dem Nennwerte zuzüglich Zinsen, also mit 1050 Mark für das Stück, und weitere 20 000 Lose mit einer Prämie von 1000 Mark, mithin mit 2050 Mark für das Stück. Die Gewinne werden nicht zur Einkommensteuer herangezogen und unterliegen auch nicht der Kapitalertragssteuer.

Unser neuer Roman, der sich „Die Südfüher“ betitelt und aus der Feder des beliebten Schriftstellers Heinrich Vee stammt, ist nun eingegangen und beginnen wir morgen mit dessen Veröffentlichung.

Sportfest. Zu dem am Samstag bis Montag stattfindenden Sportfest werden nur für Braubacher Einwohner Dauertickets für das ganze Fest zum ermäßigten Preise von 2 Mark ausgegeben. Der Verkauf der Karten findet von Donnerstag früh ab statt in den Geschäften A. Lemb. Th. Römer und Rud. Weinand. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Karten nicht an den Festtagen, sondern nur im Vorverkauf abgegeben werden.

Allgem. Ortskrankenkasse Braubach.

In der Ausschusssitzung am 27. 6. 20 wurden gemäß Reg. Verordnung vom 25. 5. 20 die Grundlehne und Wochenbeiträge wie folgt festgesetzt:

Bei einem täglichen Verdienst		
bis 4.— M. Grundlohn 3.— M.	Wochenbeiträge	1,08 M.
„ 7.— „ „ 6.— „	„	2,16 „
„ 10.— „ „ 9.— „	„	3,24 „
„ 13.— „ „ 12.— „	„	4,32 „
„ 16.— „ „ 15.— „	„	5,40 „
„ 19.— „ „ 18.— „	„	6,48 „
„ 22.— „ „ 21.— „	„	7,56 „
über 22.— „ „ 24.— „	„	8,64 „

Die Genehmigung des Oberversicherungsamtes bleibt vorbehalten.

Die Arbeitgeber werden gebeten, die z. Zt. gezahlten Löhne zwecks Neueinteilung der Lohnstufen alsbald bei der Kasse anzumelden.

Freiwillige Versteigerung.

Wegen Aufgabe meines Fuhrwerksbetriebes versteigere ich gegen sofortige Zahlung Samstag, den 3. Juli, nachmittags um 2 Uhr auf meinem Hofe, Rheinstraße 6

- 1 schwerer 4radriger ein- und doppelspanner Wagen,
- 1 „ „ einspanner Wagen mit fester Schere

- 1 leichter „ „ „
- 2 Pferdekarren
- 1 überplattenes einspanniges Schaafgeschirr
- verschiedene Pferdegeschirre mit Zubehör.
- 1 Schmittengeläute und sonstiges.

Ferner auf Rechnung eines Dritten:

- 1 sehr neues Coupe ein- und zweispännig zu fahren.

Die Wagen sind ohne Ausnahme in gutem Zustande und teils neu hergestellt.

Christian Wiegardt.

Billige Haubennetze

Haubennetze etwa 1 Stück 2,50 M.,
3 „ 6,85 „
so lange Vorrat reicht.

Weinand,
Friseur- und Parfümerie-Geschäft.

Sport-Verein.

Heute abends 8.30 Uhr Sitzung des Gesamt-Fest- und Ehren-Ausschusses im „Ratserhof“, zu der auch die Damenabteilung eingeladen wird.

Lurn-Verein Braubach.

Heute abends 8 Uhr Faustballspiel und Staffettenlauf.

Neu eingetroffen sehr preiswerte Korsets und Unterhosen, Strümpfe für Damen und Kinder, ebenso Söckchen in allen Größen und Farben. Rud. Neuhans.

Sauerkirschen

(Squatinmorellen) empfiehlt Emil Eschenbrenner.

Fein-Tafelreis

empfehlen Emil Eschenbrenner.

Empfehle: Kinder-Anzüge

in Wollstoffen, Größe 1 bis 6, zu sehr vorteilhaften Preisen. Rud. Neuhans

Wajagarnituren, Kaffeesevices, Teller und Tassen in Porzellan

eingetroffen bei Ehr Wiegardt.

Donnerstag nachmittags 1 Uhr findet in der Kleinkinderschule

eine Mutterberatungsstunde

statt, in welcher der leitende Arzt den Müttern unentgeltlich Rat in der Pflege und Ernährung ihrer Kinder erteilen wird. Der Vorstand des Palet. Frauenvereins. Frau Schüring, Vorsitzende.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Warnung vor Obstwucher.

Die zurzeit geforderten hohen Preise für Obst, insbesondere für Kirchen, Johannisbeeren, Stachelbeeren, Waldbeeren haben einen Enttäuschungssturm in der Bevölkerung hervorgerufen, zumal gerade in diesem Jahre die Ernte außerordentlich gut ausgefallen ist. Diese hohen Preise lassen die Vermutung als gerechtfertigt erscheinen, daß die Erzeuger unberechtigt übermäßige Preise für Obst nehmen und die Großhändler derartige Wucherpreise zahlen oder sogar den Erzeugern an Ort und Stelle anbieten. Erzeuger, die solche Preise verlangen, setzen sich der Bestrafung nach der Wucherverordnung aus. Händler, die diese Preise anbieten, machen sich einer Anreizung zur Preistreiberi schuldig und setzen sich der Gefahr der sofortigen Festnahme und Vorführung vor das Wuchergericht sowie der Beschlagnahme und Einziehung ihrer Waren aus.

Braubach, 20. Juni 1920. Die Polizeibehörde.

Ausfuhr- und Transportverbot für Hafer.

Unter Aufhebung der Verordnung vom 25. November (Kreisblatt Nr. 267), 30. Dezember 1919 (Kreisblatt Nr. 290) und 28. Mai 1920 (Kreisblatt Nr. 125) wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausfuhr von Hafer aus dem Kreise St. Goarshausen und den ihm zugewiesenen Gemeinden des Untertaunuskreises ist bis zum 15. Juli 1920 einschließlich verboten.

Das Transportverbot innerhalb dieses Gebietes wird mit Wirkung vom 1. Juli ab aufgehoben. Der Verkauf der Haferdepände innerhalb des Kreises ist frei.

Zwischenhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark, oder mit einer dieser Strafen bestraft.

St. Goarshausen, den 25. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Der Kleinhandelspreis für den von der Zwiebackfabrik August Friedrich in Braubach gelieferten Zwieback wird ab 24. Juni 1920 auf 1,40 Mark das Palet festgesetzt.

Der an die Firma Friedrich in Braubach zu entrichtende Einkaufspreis beträgt 1,25 Mark für das Palet einschließlich der Beförderungskosten und der Rückfracht nebst Stempel. St. Goarshausen, den 26. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. empfiehlt, das Lagern von Getreide, Heu, Stroh usw. unmittelbar am Bahnhofsper unzulässig zu vermeiden.

St. Goarshausen, den 17. Juni 1920.

Der 1. Landrat.

Die in der Bekanntmachung vom 16. 6. 1920 (Kreisblatt Nr. 142) enthaltenen Bestimmungen betreffend Zahlung der Luxussteuer durch die Besatzungstruppen, die Mitglieder der Rheinlandskommission und deren Personal sowie Familienangehörigen dieser Personen treten vorläufig nicht in Kraft.

St. Goarshausen, den 28. Juni 1920.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Abschlagszahlungen

auf die Reichseinkommensteuer können bei den Hebestellen geleistet werden. Durch solche Zahlungen werden Schwierigkeiten, die sonst leicht dadurch entstehen können, daß große, aufgelaufene Steuerbeträge auf einmal geleistet werden müssen, ausgeschaltet. Es liegt daher im Interesse vieler Steuerpflichtiger, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

St. Goarshausen, 28. Juni 1920.

Finanzamt.

Wird veröffentlicht Der Bürgermeister.

Zur Behebung der Fulleuo.

kann in den Eigentümern und auf Wegen und Schienen Gras geholt werden.

Der Magistrat.

Am Donnerstag mittags 11.45 Uhr versteigern wir die hinter dem H. K. Wohnhaus stehende

Laubheupresse

öffentlich meistbietend.

Der Magistrat.

Wir suchen sofort und für dauernd einen

Wegearbeiter

bei zeitweilhem Lohn; zu melden auf dem Stadtbauamt. Braubach, 30. 6. 1920. Der Magistrat.

Witteilungen des Lebensmittelamtes.

Krankenbrot

kommt heute nachmittags von 4 Uhr ab in der Bäckerei Braubach zur Ausgabe.

Sie Deine Preis-Spende für die Volksabstimmung

dem Deutschen Schutzbund Annahmestelle

Rheinische Nachrichten, Braubach.

Wetterbericht.

Witter aufhellend, ziemlich warm, meist trocken.

Bürstenwaren

wieder in großer Auswahl vorräthig.

Eisenhandlung Closs

Inhaber Karl Gemmer.

Hüböl

wieder eingetroffen.

Emil Eschenbrenner Frieda Eschenbrenner.

Echte Rokrkloster,

Federwedel und

Bürstenwaren

empfehlen in großer Auswahl

Julius Rüping.

Unterhaltungs- und Reiselektüre

in sehr großer Auswahl neu eingetroffen.

Buchhandlung Kemb.

Herren-Hosen

in bester Ware, engl. Feder- und Firtex-Hosen
gute Verarbeitung und sehr preiswert.

Rud. Neuhaus.

Zigarettentabak

bieten an

Emil Eschenbrenner Frieda Eschenbrenner.

Taschenlampen

Batterien, Hülsen und Birnen

empfehlen

Gg. Hül. Closs
Inh. K. Gemmer.

Einkaufstörbe und Taschen

bringe in empfehlende Erinnerung.

Rud. Neuhaus.

Damen -

Kragen,

Untertaillen,

weisse Röcke und

Korsetts

preiswert

Geschw. Schumacher.

Existenz!

15-25 Mark

gar. lögl. Verdienst für Jeden.
Leichte, saubere und angenehme
Hausarbeit. Kein Wiederwerk.
Entscheidung gleich. Anleitung
samt Arbeitsmuster wird bei
Arbeitsaufnahme gratis beigelegt.
Bei Anfrage zu bemerken: Für
Abteilung W. Bei Nichtpassend
wird das Material unangefes-
tigt zurückgenommen. Bei Ar-
beitsaufnahme wird das Antrags-
porto vergütet. Adresse ertheilen
an: Namens - Karten - Verlag
J. W. a. u. s., Chemnitz,
Petersstraße 9.

Chlorkalk

zur Desinfektion
wieder eingetroffen.

Chr. Wieghardt.

Chinesischer Tee

bieten an
Emil Eschenbrenner.
Frieda

Damen-Strümpfe, Herren-Socken, Kinder-Söckchen

alle Größen bei
Geschw. Schumacher.

Maccaroni, Faden-Nudeln

Anlandsware, markenfrei
offeriert
Emil Eschenbrenner.
Frieda

Anzugstoffe

neu eingetroffen.

Josef Dür, Schneidermeister.

Wäsche

Flammern

wieder eingetroffen

Julius Rüping.

Cognac

in verschiedenen Preislagen

ganze und halbe Flaschen

empfehlen

Jean Engel.

Taschenlampen

Batterien, Glühbirnen
und Hülsen

wieder frisch eingetroffen

Julius Rüping.

Kaffeelisen

und

Kaffeebrenner

in verschiedenen Größen

empfehlen

Eisenhandlung Closs

Inhaber: Karl Gemmer.

Gußwaren

Transp. Kesseln, guß-eim. Kandleffel, ovale u. runde Bräter
und Böpfe, Kaffeelisen, Buntformen, Herd- und Ofenroste,
Kohlenläden usw.

zu haben bei

Julius Rüping.

Rote Sandsteinplatten, Schweineträge, Viehkrippen, runde Schleifsteine

bis zu 1 Meter Durchmesser

eingetroffen.

Chr. Wieghardt.

Sensen

in verschiedenen Größen und
Breiten empfiehlt
Julius Rüping.

Fliegensänger

empfehlen

Jean Engel.

Pergamentpapier

empfehlen

H. Lemb.

Vankreuzer,
Korinthen,
Corinthen,
Bäckpulver,
Anis,
Zimmt,
Pa. Puddingpulver
empfehlen
Emil Eschenbrenner
Frieda Eschenbrenner.

Augenpfannen

in verschiedenen Größen bietet an
Julius Rüping.

Spazierstöcke

empfehlen

Rud. Neuhaus

Grapp- und Seidenpapier

in allen Farben

eingetroffen.

Holländische Süßrahmmargarine

wieder eingetroffen.

Emil Eschenbrenner

Frieda

Sie kaufen jedes Quantum

Obst

jezt Frühbirnen, Aprikosen,
Pfirsiche; sohlen Tagespreis.

U. Reif

Rud. Neuhaus.

Holzwaren

Töffel, Kartoffelstampfer,
Salatbesteck,
Gemüse- und Gurkenhobel,
Mess-lästen, Eierstränke,
Rupfstränke, Wachs- u. Rupf-
lästen, Siebleitern, Wäsche-
trodner, Stopfseier, Handtuch-
halter, Servierbretter usw.
empfehlen in großer Auswahl
Julius Rüping.

Glas

Kochglas, Fensterglas,
Drahtglas,
Kalt- und Wauselnglas,
Verdären und bunte Eden,
Ornamentglas in verschiedenen
Muskern und Farben,
Kathedralglas in hell und grün
empfehlen
H. M. Meß, Glasmeister,
Brunnenstraße 9.

Alexanderwerk- Fleischhackmaschinen,

eim. und verzinkt,

Reibmaschinen und Groschnidmaschine

empfehlen Julius Rüping.

Sitronen

empfehlen

Jean Engel.

Flüssiger Leim

neu eingetroffen

H. Lemb

Eingemachte

Bohnen

empfehlen

Chr. Wieghardt.

Herren- Sommer- Joppen

in allen Größen, nur beste
Stoffe, zu ganz mäßigen Preisen
Rud. Neuhaus.

Aufnehmer

beste Qualität in verschiedenen
Preislagen
empfehlen Julius Rüping.

Kaffee

feine Qualität

empfehlen
Emil Eschenbrenner
Frieda

Drahtgeflechte

Spann- und Binddraht, Stachel-
draht, Drahtkrampen, Drahtstifte,
Kartoffelkörbe, sowie alle Garten-
und Feisgedäte

empfehlen

Julius Rüping.

Kakao und Tee

eingetroffen.

Jean Engel.

Dezimal- und Haus- haltungswaagen,

Wand- und Schölkaffee-
mühlen,

Draht- und Pyramiden- Fliegensänger

empfehlen

Eisenhandlung Closs,
Inhaber: Karl Gemmer.

Unerfahrene Frauen

lassen sich irreführen und kaufen
teure nutzlose Mittel. Seien
Sie jedoch klug und wenden sich
bei Regelförderung und Stö-
rungen nur an A. Schittenj,
Hamburg 1. Ausgabe Wenn
alles vergeblich, lassen Sie noch
einmal Mut und beaugen mein
anerkannt wirksames Spezial-
mittel vollkommen unschädlich.
Garantie Erfolg in 3-4 Tg-
ohne Verursachung. Zahlreiche
Dankschreiben diese Bestand.

Haus- und Grund- besitzer-Verein

Braubach
Geschäftsstelle: Friedrichstr. 13
Telefon 30

Die Mitglieder d. Vereins
erhalten in unserer Geschäfts-
stelle jederzeit

Rat und Auskunft
in allen einschlägigen Fragen.
Dabei werden auch Wünsche
und Anträge zur Weiter-
erfolgung entgegen genommen.
Der Vorstand.

Fahrrad- Bereifung

empfehlen
Eisenhandlung Closs,
Inhaber: Karl Gemmer.

Tabak

F. inschnitt
überseeischer

empfehlen
Aug. Gran.

empfehlen
Buchhandlung Kemb.

echter feinsten Holländer

Gondal-Häse

empfehlen

Jean Engel.

Blech- und Lackier - Waren

Bedacktafen, Brotkörben,
Kaffee- und Zuckerbüchsen,
Zwiebeltafen,
Seife-Soda-Sandbehälter
mit Konsole,

Springformen, Buntformen,
Badspitzen, Aufsteckformen,
Fruchtpressen, Kaffeemehlschalen,
Kaffeefläschen, Wuschtauschel,
Käsemindele, Siebtafeln usw.
bietet an

Jul. Rüping.

Rheumatismus

Schmerz, Verjahren
Schreibe allen Leidenden Gene
amont, womit ich mich von
meinem schweren Leiden befreite.
Nur Kaufporto erwünscht.
Hug. Heinemann,
Hornhausen bei Oschersleben.

Sommerprossen

braune fleckige Haut, Verjahren
verschieden wie abgewaschen,
auch Pidel und Ritzel. Aus-
kunft frei, nur Kaufporto er-
wünscht.

Zollausseher Osburg,
Peltgenpaot, Giesst.